

Newsletter Montagsdemo Rheinfelden

Themen in dieser Ausgabe:

- Abgabensystem ... !
- ZEIT-Plagiat von Attac ... !
- Sozialleistungen ...!
- LISY ...!
- Verstaatlichung ...!
- Ab 50 zu teuer!

IN DIESER AUSGABE:

Wie unser Abgabensystem privaten Reichtum fördert und das Gemeinwesen verarmt	2
ZEIT-Plagiat von Attac mit Journalisten-Preis ausgezeichnet	2
Einstieg in die Kürzungen der Sozialleistungen?	2
LISY (Links-Sympathisanten) treffen sich zur Auftaktveranstaltung in Weil am Rhein	3
77 % unterstützen LINKE-Forderung nach Verstaatlichung	3
Ab 50 zu teuer? Wie immer mehr ältere Arbeitnehmer raus gemobbt werden	3
Rheinfelder Montagsdemo in Aktion	4



Der Rechtsstaat



Ein paar Gedanken zum 60. Jahrestag der Gründung der DDR. (Andreas Heidrich)

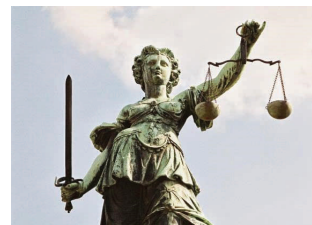
Offt wird von einem Rechtsstaat und einem Unrechtsstaat gesprochen.

Was meinen die bloß? Ein Land, in dem Eltern nicht das Geld für eine warme Mahlzeit ihrer Kinder am Tag aufbringen können, in dem die Kinder zu stupiden, blöden und nicht denkenden Wesen erzogen werden, weil Geld für Lehrkräfte und Betreuung fehlt (Ach ja: Dummes Volk regiert sich besser!)

in dem Kinder leben, für die Begriffe wie „Achtung“, „Solidarität“ und „Freundschaft“ leere Worthülsen sind, in dem Kinder leben, ohne Aussicht auf Ausbildung, ohne Chance auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit - und somit ohne Hoffnung auf eine vernünftige Zukunft - in dem die Zukunft der Kinder allein vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängt.

ja, das ist ein Rechtsstaat!
Ein Land, in dem Arzt und Apotheker Ge-

schäftsleute sind und der Patient Kunde ist, in dem der Arzt am Monatsende seine Praxis schließt, weil sein Budget nicht mehr reicht, in dem der Arzt dem schnöden Mammon verpflichtet ist und nicht allein seinen Patienten, ja, das ist ein Rechtsstaat!
Ein Staat, in dem Milliarden an Banken und Konzerne verschleudert wer-



den, in dem Spekulanten unterstützt und Arbeitssuchende willkürlich mit Sanktionen belegt werden, ja, das ist ein Rechtsstaat!
Ein Land, in dem Menschen durch Arbeit erniedrigt werden, indem man sie zu Arbeiten zwingt, die sie weder gelernt haben, noch fähig sind, sie auszuüben, in dem die Arbeitsstunde höchstes einen Euro wert ist, in dem Frauen für gleiche Arbeit schlechter bezahlt

werden als Männer. ja, das ist ein Rechtsstaat!
Ein Staat in dem die NPD erlaubt und die KPD verboten ist, in dem persönliche Freiräume immer weiter eingeschränkt und die Bürger zunehmend überwacht werden, ja, das ist ein Rechtsstaat!
Ein Staat der unsere Söhne in den Tod schickt, obwohl von seinem Boden nie wieder Krieg ausgehen sollte, in dem mit Konzernen verhandelt wird, wenn es um unsere Umwelt geht, in dem der Profit Einzelner wichtiger ist als Mensch und Natur - also wichtiger als unserer Zukunft, in dem das Recht käuflich ist. ja, das ist ein Rechtsstaat!
Das Gegenteil von all dem ist dann wohl ein Unrechtsstaat!
Aber egal was man uns vorgaukelt. Ein Recht können sie uns nicht nehmen: Das Recht auf Widerstand.

(Andreas Heidrich Mitglied im LandessprecherInnenrat der KPF NRW „Die Linke“)



Wie unser Abgabensystem privaten Reichtum fördert und das Gemeinwesen verarmen lässt



Mit dem Geld was übrig bleibt ist keine Gemeinde am Leben zu erhalten, Armut und Privatisierung ist vorprogrammiert!

Die Regierenden halten insgeheim die Steuervermeidung der Unternehmen für ein tolles Instrument der Wirtschaftsförderung. Das zeigt zum Beispiel das im Juni 2009 beschlossene "dritte Konjunkturpaket". Damit wurden ausgerechnet die wenigen sinnvollen Regeln, die im Zuge der Steuerreform 2008 zur Einschränkung der populärsten Steuertricks eingeführt wurden, zumindest für einige Jah-

re wieder gelockert, darunter die sogenannte Zinsschranke, die eine Gewinnverschiebung ins Ausland erschweren soll. Dass gerade die von der Finanzkrise stark betroffenen Unternehmen nichts von den Steuergeschenken haben, weil sie ohnehin keine zu versteuern Gewinne machen, ist den vereinigten Steuer-sparern aus Politik und Wirtschaftsverbänden vor lauter Begeisterung egal. Selbst den Schutz von

Steuerhinterziehern scheinen einige Politiker für ein geeignetes Instrument der Standortpflege zu halten. Nach Recherchen des Spiegel haben hessische Spitzenbeamte in Absprache mit der schwarz-gelben Regierung von Roland Koch im Jahr 2001 rund 50 mit Bankenverfahren beschäftigte Steuerfahnder an die Kette gelegt oder gar mit äußerst fragwürdigen Methoden aus dem Amt gedrängt.



21. März 2009 in Lössach
Bahnhofplatz

ZEIT-Plagiat von Attac mit Journalisten-Preis ausgezeichnet



Otto-Brenner-Stiftung würdigt "überzeugende politische Botschaft"

Das Redaktionsteam des ZEIT-Plagiats von Attac erhält den Medienprojektpreis der Otto-Brenner-Stiftung. Neben der professionellen Fälschung der bekannten Wochenzeitung würdigte die prominent besetzte Jury vor allem die überzeugende politische Botschaft der ZEIT-Ausgabe von Attac, die deutlich machte: "Es gibt Wege aus der Krise, eine gerechte

Welt muss nicht Fiktion bleiben."

Aktivistinnen und Aktivistinnen des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac hatten im März dieses Jahres eine gefälschte Ausgabe der ZEIT erstellt und in mehr als 90 Städten verteilt, so auch in Lössach und Schopfheim.

"Am Ende des Tunnels" lautete die Schlagzeile auf dem Titelblatt, als Erscheinungsdatum war der 1. Mai 2010 angegeben.

Die Zeitung erschien in

einer Auflage von 350.000 Exemplaren. Den größten Teil brachten Attac-Aktivistinnen selbst unter die Menschen, zudem lag das Plagiat der Tageszeitung Taz bei. Die Attac-ZEIT fand enormen Anklang in der Öffentlichkeit und den Medien, zahlreiche Menschen traten kurz nach ihrem Erscheinen dem globalisierungskritischen Netzwerk bei.

Das ZEIT-Plagiat ist auf unserer Webseite unter News zu finden.

Einstieg in die Kürzungen der Sozialleistungen?

Nach Angaben der Financial Times Deutschland standen schon vor dem Regierungswechsel Veränderungen bei den Sozialausgaben an. Der Zeitung liegt ein Vorschlag von Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) vor, wonach der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unter-

kunft (KdU) für die Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld verringern will. Der Vorstoß, den Bundesanteil an den Kosten nun von 26 % auf 23,6 % zu senken, sollte noch auf der letzten Sitzung in der vergangenen Wahlperiode beschlossen werden. Warum gerade

die SPD dies noch vor dem Regierungswechsel durchziehen wollte, ist eines ihrer vielen Geheimnisse.

Quelle: Telepolis

Die SPD kann es nicht lassen, sich noch einmal mehr als Sozialabbau Partei Deutschlands zu zeigen.



LISY (Links-Sympathisanten) treffen sich zur Auftaktveranstaltung in Weil am Rhein

Wo kommen denn all die Linken her? Wunderte sich ein Besucher im Restaurant Mooswald in Weil am Rhein am 16.10.09.

Das war wirklich eine "bunte Gesellschaft" von mehr als 30 Teilnehmern, die auf Einladung von LISY Weil am Rhein zur Wahlachse, zu der Prof. Dr. Klaus Osswald, ehem. Bun-

destagsabgeordneter der SPD und Adelbert Ringwald, Kandidat der Linken im Wahlkreis Lörrach/Müllheim erschienen waren. Von der Obdachlosen - Initiative für ein Jugendzentrum, Mitgliedern der Linken, SPD und Grünen über Montagsdemonstranten aus Rheinfelden und ausgetretenen Vorstandsmitgliedern der Linken vom Kreis Lörrach und sogar einem CDU-Mitglied.

Alle Themen wurden angesprochen und viele freuen sich schon auf die nächste Veranstaltung mit Referenten am 19. März 2010 über die von den Teilnehmern am meisten gewünschte Themen:

"Grundeinkommen, Kinderarmut, Hartz IV, etc.

E. Dokter
Mitglied „Die Linke“, Weil am Rhein



Politiker Witze

- Zwei Passanten füttern Tauben. Sagt der eine: "Tauben sind wie Politiker." "Wieso?" fragt der andere. Antwort: "Solange sie unten sind, fressen sie einem aus der Hand. Aber sobald sie oben sind, beschießen sie uns!"
- Stellen Sie sich vor, Angela Merkel und Guido Westerwelle sind auf einem Schiff, das soeben sinkt. Wer wird gerettet?
--- Antwort: Deutschland.

77 % unterstützen LINKE-Forderung nach Verstaatlichung



Einer aktuellen Forsa-Umfrage zufolge ist eine große Mehrheit der Bundesbürger für eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien. Am größten sei die Zustimmung mit 77 % der Bürger zur Ver-

staatlichung der Strom- und Gaskonzerne. 64 % wollen zumindest teilweise die Finanzindustrie wie Banken und Versicherungen, 60 % Logistikunternehmen wie Fluglinien, Bahn und Post vergesellschaften.

"Dieses Umfrageergebnis bestätigt DIE LINKE. NRW, wenn sie die Verstaatlichung von RWE und Eon fordert", stellt Edith Fröse, Mitglied des Landesvorstandes zufrieden fest.

Energiekonzerne vergesellschaften!

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland § 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz... in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

Schluss mit der Preistreiberei!

Ab 50 zu teuer? Wie immer mehr ältere Arbeitnehmer raus gemobbt werden

Immer mehr ältere Arbeitnehmer werden aus ihrem Unternehmen regelrecht raus gedrängt. Das berichten Anwälte, Fachärzte und Mobbingberater. Auch Studien zeigen, dass die Altersgruppe

50plus derzeit verstärkt aus den Unternehmen gemobbt wird - zugunsten billigerer jüngerer Arbeitnehmer, die oft zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden. In den letzten Monaten hat sich die Lage verschärft. Nach Ansicht von Experten

nutzen immer mehr Unternehmen offenbar die Finanzkrise, um sich der noch gut bezahlten Älteren zu entledigen. Auch für das Sozialsystem ist das eine Katastrophe, weil junge billige Arbeitskräfte kaum noch Sozialabgaben zahlen.

(Quelle: www.nachdenkseiten)

AUS HABSUCHT ENTSTEHEN ALLE VERBRECHEN UND ÜBELTATEN

Cicero, Pro Roscio 75

V.i.s.d.P. :

Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße
- **GELD - Stammtisch**, jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr im Nellie Nashorn Lörrach
- **LISY** (Linkssympathisanten) politisch - kultureller Meinungs Austausch in Weil am Rhein, Stammtisch jeden 3. Freitag im Monat, Gasthaus "Mooswald" Weil am Rhein, Ecke Leopold - Gartenstraße, immer um 19:00 Uhr

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE

Rheinfelder Montagsdemo in Aktion

„Nach den Wahlen kommt das zahlen“. So lautete der einhellige Tenor auf der 248. Montagsdemonstration. Das mit einer Privatisierungspartei wie die FDP keine soziale Gerechtigkeit zu



machen ist, sollte für jeden Arbeitnehmer eigentlich klar sei. Der Spruch der FDP „Arbeit muss sich wieder lohnen“, für wen? Mit der Zeit werden viele Bürger mit Schrecken sehen, was sie gewählt



haben. Dann ist das Kind leider schon in den Brunnen gefallen! Auch die 249. und die 250. Montagsdemo sind geprägt von den politischen Tagesereignissen. Die neue kommende Regierung präsentiert ständig neue Horrorbotschaften. Ob Atomenergie oder Krankenversicherung, hier wird deutlich, wer die Zechen zahlen soll. Wir sollen immer mehr entsolidarisiert werden! Wo bleibt der Aufschrei der Kirchen

und Wohlfahrtsverbände. Auch die Gewerkschaften melden sich nur halbherzig zu Wort! Unsere Regierung erzählt uns, dass wir kein Geld in der Staatskasse haben. Wo sind die Milliardenhilfen für die Banken? Der Bürger soll zahlen und die Manager zahlen sich schon wieder satte Boni oder klagen



sich das Geld ein. In was für einer perversen Gesellschaft leben wir eigentlich? Was muss noch alles Geschehen,

damit die Menschen erkennen, dass man sich wehren muss? Um



so erfreulicher, dass Rheinfelder Gymnasialistinnen die Montagsdemos für ihre politische Bildung nutzen. Der offizielle und dreiste Wahlbetrug der SPD in Thüringen und der Grünen im Saarland war Thema unserer Montagsdemos. Es geht um Posten, nicht um Inhalte, der Bürger ist der Dumme.